

2./II. 1926.

Aus der Sozialdemokratie.

Abg. Heine über eine Verständigung mit Frankreich.

Der „Vorwärts“ hat kürzlich einer Verständigung mit Frankreich das Wort geredet. Reichstagsabgeordneter Heine antwortet darauf in der „Internat. Korresp.“ u. a.: „Wir Deutschen wissen das, daß wir vom ersten Tage an gegen drohende Invasionen und um die Sicherheit unserer Grenzen um unsere Existenz gekämpft haben und heute noch kämpfen, während Frankreich einen allerdings bisher unglücklichen Eroberungskrieg führt. Wir haben deshalb das gute Gewissen ehrlicher Friedensfreunde, und wir deutschen Sozialdemokraten haben gerade den Franzosen oft genug Gelegenheit gegeben, sich mit uns zu verständigen. Zu einem von vornherein nutzlosen Gerede aber, das nur zu gegenseitigen Vorwürfen führen könnte, ist uns die Sache zu ernst. Uns anzubiedern, wo man nur mit solchen Deutschen verhandeln will, die die Interessen Deutschlands dem Feinde preisgeben, geht gegen unsere Würde. Der sozialdemokratische Mannesstolz soll sich nicht nur vor Fürstenthronen zeigen, sondern vor unwürdigen Zumutungen als solchen.“

Einen Disziplinbruch aus der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die „Bremer Bürgerzeitung“ entdeckt: Die sozialdemokratische Fraktion in der Mannheimer Gemeindeversammlung hatte einen Vorschlag des Magistrats auf Bewilligung von 50 000 M. für Ostpreußen abzulehnen beschlossen, weil Mannheim selbst schwere Kriegslasten zu tragen habe und die Sorge für Ostpreußen Sache des Reichs und des Staates sei. Im Bürgerausschuß begründete darauf der Stadtrat Levi die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten. Ihm trat der Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete Oskar Ged entgegen und empfahl die Annahme der Stadtratsvorlage. Der Bürgerausschuß nahm die Vorlage an. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Reichstagsabg. Ged aber, stimmte entgegen dem Beschluß seiner Stadtverordnetenfraktion für die Vorlage. Triumphierend ruft die „Bremer Bürgerztg.“: „Besonderes Interesse bietet der Fall in der Gegenwart auch deshalb, weil der Genosse Oskar Ged zur Mehrheit der Reichstagsfraktion gehört.“

Zu den Parteidifferenzen in Bremen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen hatte beschlossen, daß die Parteidruckerei am Orte die neugegründete, auf dem Boden der Mehrheit der Reichstagsfraktion stehende „Bremische Korrespondenz“ nicht mehr drucken soll. Der Geschäftsführer der Druckerei ist diesem Beschlusse nachgekommen. Die „Bremische Korrespondenz“ wird jetzt, nach dem „Vorw.“, in einer bürgerlichen Druckerei Bremens hergestellt.